

## Protokoll Nr. 9 (2015-2019)

### der Sitzung des Beirates Vahr am 15.03.2016 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

Anwesend waren:

- |                |  |  |
|----------------|--|--|
| a) vom Beirat  | Herr Andreßen<br>Herr Dicke<br>Frau Früh<br>Herr Haga<br>Herr Mettert-Kruse<br>Herr Resch<br>Frau Szkoda<br>Frau Walecki | Herr Burichter<br>Herr Emigholz<br>Herr Gerkmann<br>Herr Maas<br>Herr Michalik<br>Herr Siegel<br>Frau Schulz |
| b) vom Ortsamt | Frau Dr. Mathes<br>Herr Berger   |  |
| c) als Gäste   | Frau Harth (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)<br>Herr Stöver (WiN-Quartiersmanager)         |  |

Die schriftlich vorliegende Tagesordnung wird genehmigt.

Frau Dr. Mathes weist zu TOP 3 darauf hin, dass die Senatorin für Kinder und Bildung das Vorhaben, die Schuleinzugsgrenze zwischen der Grundschule An der Gete und der Grundschule In der Vahr zu verändern, zurückgestellt habe, weil aktuelle Daten des Einwohnermeldeamtes erst zum Schuljahr 2019/ 20 einen Anstieg der Schülerzahlen erwarten ließen, der in Schwachhausen nicht mehr eingeschult werden könne. Entsprechend ziehe die FDP ihren Antrag zu diesem TOP zurück.<sup>1</sup>

Das Protokoll Nr. 8 der Beiratssitzung am 16.02.2016 wird ebenfalls genehmigt.

### **TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

#### Mitteilungen aus der Bevölkerung

Frau Bührlé (Kath. St. Raphael-Gemeinde) teilt mit, dass ihre Gemeinde ab sofort ein Transportfahrzeug samt Fahrer/in für Flüchtlinge zur Verfügung stelle, die in eigene Wohnungen umziehen wollten.<sup>2</sup>

Frau Kusen weist auf den Geburtstag der Vahrer Löwen am kommenden Donnerstag, 17.03.2016, ab 15 Uhr, im Bürgerzentrum hin.<sup>3</sup>

#### Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Siegel berichtet von der 2. Planungskonferenz des Sozialressorts zum Kindergartenjahr 2016/ 17 und weist darauf hin, dass nach wie vor Plätze für Kinder fehlten. Nach Bereinigung der Daten verblieben im U3-Bereich 44 fehlende Plätze und im Ü3-Bereich 22 Plätze. Zur Entlastung solle im Übergangwohnheim Bardowickstraße ein sozialpädagogischer Spielkreis entstehen.<sup>4</sup> Die vorübergehende Kindertageseinrichtung an der August-Bebel-Allee solle um einen

<sup>1</sup> Der Antrag der FDP findet sich als Anlage 5 zum Protokoll der Beiratssitzung am 16.02.2016, siehe unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?qsid=bremen142.c.14724.de>.

<sup>2</sup> Weitere Informationen sind über [fluechtlingsdienste@kirchenamt-bremen.de](mailto:fluechtlingsdienste@kirchenamt-bremen.de) zu erfahren.

<sup>3</sup> Die Einladung ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

<sup>4</sup> In einem sozialpädagogischen Spielkreis werden mindestens acht und höchstens zehn Kinder für mindestens zehn und höchstens 15 Stunden in der Regel an zwei oder drei Tagen/ Woche gefördert. Die Kinder müssen mindestens ein Jahr und dürfen höchstens drei Jahre alt sein.

weiteren Mobilbau erweitert werden, um 20 weitere Kinder aufnehmen zu können.<sup>5</sup> Immobilien Bremen (IB) versuche, trotz personeller Engpässe die Erweiterung zum 01.10.2016 – und damit nach Beginn des Kindergartenjahres am 01.08. – umzusetzen. Weitere Möglichkeiten ständen aktuell zum kommenden Kindergartenjahr nicht zur Verfügung. Die neue Kita auf dem Ampelspielplatz solle erst zum Kindergartenjahr 2018/ 19 eröffnet werden, nachdem sie ursprünglich für das Kindergartenjahr 2016/ 17 angekündigt worden sei. Er habe sich gegenüber dem zuständigen Mitarbeiter bei der Senatorin für Kinder und Bildung dafür eingesetzt, dieses Vorhaben zu beschleunigen. Er bitte das Ortsamt, die Senatorin für Kinder und Bildung über die bisherigen Beiratsbeschlüsse zur Errichtung einer neuen Kita auf dem Ampelspielplatz in Kenntnis zu setzen.

Frau Warnecke (Kita der Ev. Gemeinde in der Neuen Vahr am Standort Heilig Geist) ergänzt, dass ihre Kita noch nicht nach den aktuell gültigen Standards umgebaut worden sei. Bisher gebe es Platz für 138 Kinder in sieben Gruppen im Alter ab drei Jahren. Die von der Bremer Evangelischen Kirche (BEK) vorgesehenen finanziellen Mittel in Höhe von 1,2 Mio. € ließen einen Umbau für vier Gruppen und damit höchstens für 80 Kinder zu.<sup>6</sup> Ergänzende Mittel müssten von der Stadt Bremen bereitgestellt werden.

Der Beirat bitte das Ortsamt, sich bei der Senatorin für Kinder und Bildung dafür einzusetzen, dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, damit mindestens sechs Gruppen eingerichtet werden können.

#### Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Michalik berichtet, dass er auf Müllablagerungen am Haverbecker Weg/ Ecke Örreler Weg angesprochen worden sei. Das Ortsamt sagt zu, sich um die Angelegenheit zu kümmern. Außerdem sei er auf die ungenügende Anzahl von Parkplätzen in der Bispinger Straße hingewiesen worden.

Frau Kurzhöfer (Gewoba AG) bemerkt hierzu, dass von der Gewoba AG der Bau eines Parkplatzes auf dem Areal Bispinger Straße 1 beantragt worden sei, die Bauordnungsbehörde habe dieses Vorhaben – entsprechend der Stellungnahme des Beirats Vahr – abgelehnt. Das Amt für Straßen und Verkehr wiederum habe Änderungen im Straßenraum, um mehr Parkraum zu schaffen, aus finanziellen Gründen zurückgestellt.

Herr Häntsche ergänzt, dass sich die Polizei bei der Ahndung von Parkvergehen in der Bispinger Straße zurück halte und grundsätzlich ausreichend Parkraum zur Verfügung stehe.<sup>7</sup>

Herr Häntsche weist wiederum darauf hin, dass der Überweg in der Wilseder-Berg-Straße auf der Höhe Undeloher Straße inzwischen gefahrlos auch von Schulkindern benutzt werden könne.

#### Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes berichtet, dass in der August-Bebel-Allee, der Philip-Scheidemann-Straße, der Greizer Straße in diesem Jahr die öffentliche Beleuchtung erneuert werde.<sup>8</sup>

### **TOP 2: Integrationskonzept des Senats: Was braucht die Vahr?**

Frau Dr. Mathes weist eingangs darauf hin, dass der Bremer Senat ein Integrationskonzept erarbeitet habe, das heute vorgestellt werde.<sup>9</sup> Der Beirat wünsche sich hierzu Rückmeldungen des Vahrer Netzwerkes, um sich ein vollständiges Bild der Bedarfe im Stadtteil machen zu können. Diese sollen in einen gemeinsamen Antrag einfließen, den der Beirat zur kommenden Sitzung am 19.04. erarbeiten wolle. Ziel sei eine gelingende Integration im Stadtteil.

---

<sup>5</sup> Die vorübergehende Kindertageseinrichtung an der August-Bebel-Allee ist die Vorläufereinrichtung für die geplante Kindertageseinrichtung auf dem sog. Ampelspielplatz.

<sup>6</sup> Vier Gruppen böten Platz für 80 Kinder ab drei Jahren. Angestrebt sei aber ein Umbau für sechs Gruppen. Das hieße im Fall von Kindern ab drei Jahren für 120 Kinder oder im Falle einer Betreuung auch für Kinder unter drei Jahren für 20 Kinder unter drei Jahren und 60 Kinder über drei Jahren.

<sup>7</sup> Die Parksituation in der Bispinger Straße wurde wiederholt im Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ behandelt. Siehe hierzu bspw. das Fachausschuss-Protokoll vom 28.08.2013 ([Pr. 14 B-V U 28.08.13 ö.pdf \(pdf, 51.6 KB\)](#)).

<sup>8</sup> Einzelheiten sind der **Anlage 2** zu diesem Protokoll zu entnehmen.

<sup>9</sup> Das Integrationskonzept „In Bremen zuhause. Integration gestalten und sozialen Zusammenhalt sichern. Eckpunkte eines mittelfristig ausgerichteten Integrationskonzeptes des Senats“ wurde am 12.01.2016 vom Bremer Senat beschlossen und am 21.01.2016 von der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis genommen.

Frau Harth stellt an Hand einer Vorlage das Integrationskonzept vor <sup>10</sup> und führt grundsätzlich aus, dass Integration eine Querschnittsaufgabe und eine Herausforderung sei. Das Konzept müsse – auch in den Haushaltsberatungen – weiter konkretisiert werden, hierfür bedürfe es des gegenseitigen Austauschs. Bremen werde auch weiterhin gegenüber dem Gesamtstaat dafür eintreten, dass sich dieser verstärkt an den Aufwendungen der Bundesländer und Kommunen für die Integration von Flüchtlingen beteilige.

Nach drei Sofort-Programmen seit 2014 sei nun erstmals eine Perspektive auf zwei bis drei Jahre formuliert worden, die grundsätzliche Themen und daraus abzuleitende Aufgaben formuliere. Für deren Umsetzung würden in 2016 und 2017 insgesamt 50 Mio. € zur Verfügung gestellt. Dabei sei durchaus bekannt, dass die gemeldeten Bedarfe höher lägen als die avisierten Mittel.

Maßnahmen sollten quartiersbezogen umgesetzt werden. Dabei würden die Stadtteile, die bereits in der Vergangenheit viel zu einer gelingenden Integration beigetragen hätten, besonders in den Blick genommen. Angesetzt werde an bewährten Strukturen, bspw. dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN). Das Budget für die offene Jugendarbeit sei bereits leicht angehoben und tagesaktuell der Fonds für Projekte zur Teilhabe von Flüchtlingen im Stadtteil wieder aufgelegt worden.

Herr Siegel berichtet, dass er viele Einrichtungen im Stadtteil angesprochen und zur Beirats-sitzung eingeladen habe, um abzuklären, welche Bedarfe vorlägen, um die Integration zu fördern. Heute sei es das Ziel, Wünsche, Anregungen und Kritik aufzunehmen und bis zur nächsten Beiratssitzung in eine gemeinsame Stellungnahme zu fassen.

Frau Kurzhöfer berichtet, dass die Gewoba als Hauptwohnungsanbieter seit 2013 etwa 220 Wohnungen in der Vahr an Flüchtlinge vergeben habe, im Monat seien es durchschnittlich etwa zehn Wohnungen. Unter den Flüchtlingsfamilien seien etwa 200 Kinder und Jugendliche.

Herr Maas hebt hervor, dass mit der Zuwanderung auch die Chance qualifizierten Nachwuchses verbunden sei. Allerdings sei es ein Skandal, dass sich die Bundesrepublik bislang nur mit 15% an den Kosten für die Integrations-Maßnahmen der Länder und Kommunen beteilige.

Frau Harth erklärt hierzu, dass auf dem letzten gemeinsamen Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsident/innen ein Durchbruch erzielt worden sei, indem der Bund sich in deutlich größerem Umfang an den Unterbringungskosten beteiligen wolle. Trotzdem sei weiterhin mehr gesamtstaatliche Unterstützung notwendig. Als Beispiel habe der Bund wohl die Integrations-kurse ausgebaut, die damit verbundene Erstberatung für Migrant/innen könne bislang aber nicht Schritt halten.

Herr Stöver unterstützt das Konzept, sieht aber einen höheren Personalbedarf im Familien- und Quartierszentrum, z.B. in der Sozialberatung, und einen erhöhten Bedarf an WiN-Mitteln, um neben der Unterstützung der bislang hier Lebenden auch Flüchtlinge unterstützen zu können. Konkurrenzen seien auf jeden Fall zu vermeiden.

Herr Andreßen wünscht sich eine „strategische Reserve“, um auch Vorhaben der betroffenen Flüchtlinge umsetzen zu können.

Ähnlich sieht es Frau Walecki: Integration mache vielfältige Maßnahmen notwendig, dabei die Wünsche der Flüchtlinge aufzunehmen, sei wichtig.

Frau Harth greift diese Forderungen auf. Das Integrationskonzept müsse auch pro-aktiv gestaltet werden, so dass es die Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge und deren Selbsthilfe-potential aufgreifen könne. Hier sei die vorhandene WiN-Struktur wichtig – diese müsse gestärkt werden.

Herr Siegel fordert, dass es „kein Gegeneinander zwischen den Zugewanderten und Geflüchteten einerseits und den Bewohner/innen der Vahr andererseits“ geben dürfe. Das Integrationskonzept müsse umgesetzt werden, das dafür vorgesehene Geld sei gut angelegt. Dass bereits jetzt in den Kitas Plätze fehlten, mache deutlich, dass es einen „riesigen Handlungsbedarf“ gebe. Im Kern gehe es um Armutsprävention und Chancengerechtigkeit, dabei liege das besondere Augenmerk auf den Kitas und Schulen. Die Vahr erbringe bereits

---

<sup>10</sup> Die Vorlage ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

eine erhebliche Integrationsleistung, die jetzt noch gesteigert werden müsse. Dafür bedürfe es auch zusätzlicher Förderung.

Stellvertretend für den nicht anwesenden Geschäftsführer der Förderwerk Bremen GmbH, Herrn Mühlmeier, berichtet Herr Siegel, dass das Programm Sprach- und Integrationsmittler (SPRINT) deutlich ausgebaut werde. Gegenwärtig gebe es bereits 22 Sprinter/innen, deren Anzahl solle aber 2016 noch auf 100 anwachsen, so dass auch fünf bis sechs fest im Stadtteil Vahr tätig sein könnten. Ursprünglich sollten sie Flüchtlinge nur bei besonderen Problemlagen unterstützen, inzwischen könnten sie aber unterschiedslos eingesetzt werden und z.B. auch in Kitas und Schulen unterstützend tätig werden.

Ebenfalls stellvertretend berichtet Herr Siegel für die kommissarische Leiterin der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee (KSA), dass für den dortigen Vorkurs mit gegenwärtig 17 Schüler/innen zusätzliche Stunden für Sozialpädagogik und eine bessere materielle Ausstattung notwendig seien. Bei den Vorkurs-Schüler/innen falle auch ein Mangel an Englisch-Kenntnissen auf, aber nur mit diesen Kenntnissen sei auch ein Besuch der gymnasialen Oberstufe möglich.

Frau Egger (Jugendtreff Rotes Haus) sieht bei den Jugendlichen, die ihr Haus besuchten, „ganz andere Bedarfe“, da sie zum Teil hoch traumatisiert seien. Mit der gegenwärtigen personellen Besetzung des Jugendtreffs könne dies nicht aufgefangen werden. Mit Erschrecken habe sie auch festgestellt, welche Vorbehalte hier lebende Jugendliche – trotz eigener Migrationsgeschichte – zum Teil gegenüber den Flüchtlingen hätten. Für Projekte mit geflüchteten Jugendlichen könne der Jugendtreff aus dem Fonds für Projekte zur Teilhabe von Flüchtlingen im Stadtteil (Stadtteil-Fonds) keine Mittel beantragen, da der Ehrenamtsbezug fehle. Daher benötige der Jugendtreff Zugang zu anderen Mitteln, die ihr aber bislang nicht bekannt seien.

Herr Borges (Oberschule Julius-Brecht-Allee (JBA)) beschreibt die jugendlichen Flüchtlinge, die in den Vorkurs an seiner Schule kämen, als ausgesprochen lernwillig. Die Praxis sei inzwischen vorangeschritten und mit dem „Bremen-Pass“ stehe ein taugliches Mittel auch für Flüchtlinge zur Verfügung – soweit er funktioniere.<sup>11</sup> Herr Borges problematisiert drei wesentliche Punkte:

- Da für geflüchtete Jugendliche keine zusätzlichen Kapazitäten geschaffen würden, seien die Klassen in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 in erheblichem Maße überfrequent, z.T. befänden sich bis zu 27 Schüler/innen in den Klassen;<sup>12</sup>
- Jugendliche, die der 10. Klasse zugeordnet seien, könnten nicht mehr erfolgreich zu einem Schulabschluss geführt werden. Für diese verspreche er sich einen besseren Lernerfolg in Kursen mit beruflicher Bildung;
- auch die Eltern dieser Jugendlichen müssten die deutsche Sprache lernen; dies vermisse er aber.

Frau Brettmann (Lehrkraft im Vorkurs an der Oberschule JBA) stellt fest, dass sie neben dem Unterricht, der ihr große Freude bereite, in erheblichem Maße mit organisatorischen Problemen befasst sei. Wiederholt sei der Bremen-Pass nicht korrekt ausgefüllt, so dass die Jugendlichen kein Mittagessen und keine Fahrtkosten in Anspruch nehmen könnten. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sei es zusätzlich schwierig, weil sie keinen Bremen-Pass bekämen. Für die Vorkurse selbst gebe es nach wie vor kein einheitliches Konzept, das den Unterricht erheblich vereinfachen könnte. Es mangle an Übersetzungskräften, an Supervision für die Unterrichtenden und an zusätzlicher personeller Ausstattung, bspw. durch Personen aus dem Bundesfreiwilligendienst. Manche Jugendliche seien nicht oder unzureichend alphabetisiert. Sie sehe es auch als sinnvoll an, muttersprachliche Kurse anzubieten, ggf. auch fachgebunden. Frau Bolinius-Misrieh (Mütterzentrum Vahr) fügt ergänzend hinzu, dass bereits die Antragsformulare für den Bremen-Pass für die Flüchtlinge missverständlich seien und deshalb von diesen leicht falsch ausgefüllt werden könnten. In der Folge könnten dann trotz Anspruch kein Mittagessen und kein Fahrtkosten bezogen werden.

Frau Harth berichtet hierzu, dass Asylbewerber/innen der Bremen-Pass zur Verfügung stehe, unbegleitete Jugendliche jedoch den Regelungen nach Sozialgesetzbuch 8 unterlägen und

<sup>11</sup> Näheres zum Bremen-Pass findet sich unter <http://www.bremen.de/bremen-pass>.

<sup>12</sup> Regulär sind für die Klassen an der Oberschule Julius-Brecht-Allee 24 Schüler/innen vorgesehen.

damit jede Maßnahme einzeln beantragt werden müsse.<sup>13</sup> Sie werde aber die Frage klären, ob sich ein vereinfachtes Verfahren einrichten lasse.

Der Stadtteil-Fonds stehe tatsächlich nur für Ehrenamtliche zur Verfügung, weil deren Arbeit unterstützt werden solle.

Herr Stöver bemängelt an dieser Stelle, dass die Antragsfrist für den heute veröffentlichten Stadtteil-Fonds sehr kurz bemessen sei. Frau Harth erwidert, dass zahlreiche Projekte bereits gewartet hätten, Anträge stellen zu können. Für andere Projekte, für die die Antragsfrist zu kurz gefasst sei, lasse sich erfahrungsgemäß eine Lösung finden.

Frau Ehrhorn (Grundschule In der Vahr) berichtet, dass neben dem Vorkurs in der Grundschule Witzlebenstraße jetzt auch ein Vorkurs in ihrer Schule bestehe. Sie vermisse eine vorsorgliche Frequenzabsenkung der Regelklassen, damit die Aufnahme von Schüler/innen aus den Vorkursen die Klassenfrequenzen nicht über die Maßen erhöhe. Auch nach Abschluss eines Vorkurses gebe es Kinder mit Sprachförderbedarf, der bislang aber nur unzureichend bedient werden könne. Eventuelle sonderpädagogische Bedarfe der Kinder könnten ebenfalls nicht berücksichtigt werden. Das Kollegium benötige trauma-pädagogische Fortbildungen und zusätzliche zeitliche Ressourcen für Planung und Konzept-Entwicklung.

Herr Dahlenberg (Grundschule Paul-Singer-Straße) informiert, dass gegenwärtig 14 Kinder aus Flüchtlingsfamilien seine Schule besuchten. Davon hätten sieben keinen Vorkurs besucht, so dass er im Grunde einen „mitlaufenden Vorkurs“ habe. Aber auch nach dem Abschluss eines Vorkurses gebe es zunächst keine Deutsch-Kenntnisse auf dem Niveau einer Bildungssprache.

Frau Tuchel (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) bezeichnet das Jahr 2015 als das „Jahr der Unterbringung“, 50% der Angekommenen seien unter 25 Jahren alt. 2016 müsse nun das „Jahr der Integration“ werden. Die finanziellen Mittel für das vorgestellte Integrationskonzept würden im Rahmen der Haushaltsberatungen abgestimmt und sollen bis 19. April auf senatorischer Seite geklärt sein. Auf Nachfrage von Herrn Emigholz weist Frau Tuchel darauf hin, dass der Bremer Senat die Mittelansätze für die sog. Themenkörbe am 8. März konkretisiert habe.<sup>14</sup>

Frau Bolinius-Misrieh stellt auch für die Beratungstätigkeit des Mütterzentrums einen erhöhten Personalbedarf fest.

Dieser Forderung schließt sich Frau Warnecke an. Die Kitas bräuchten mehr Zeit für Fortbildungen, Planung, Beratung von Eltern und Familien. Sie befürchtet, dass es in den Kitas zu einer Frequenzerhöhung kommen werde, um alle Kinder aus Flüchtlingsfamilien unterbringen zu können. Dabei seien bislang nur wenige Kinder in den Kitas angekommen. Der Grund hierfür sei ihr nicht bekannt, sie mutmaße aber, dass die Eltern unzureichend über das Angebot informiert seien.

Frau Brenner (Kita Heinrich-Imbusch-Weg) spricht sich eindeutig gegen Frequenzerhöhungen aus, im Gegenteil müssten vorausschauend Plätze für nachkommende Kinder freigehalten werden. Außerdem beklagt sie, dass die Kitas seit 01.11.2015 keine direkten Ansprechpersonen mehr in den Sozialzentren hätten.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Das Achte Buch (VIII) zum Sozialgesetzbuch (SGB) regelt die Kinder- und Jugendhilfe, näheres unter [http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_8/](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/).

<sup>14</sup> Der Bremer Senat hat am 08.03.2016 folgende Verteilung beschlossen, die der weiteren Haushaltsberatung unterliegt:

|  | 2016             | 2017             | Gesamt           |
|--|------------------|------------------|------------------|
| Sprachförderung (Soziales, Bildung, Arbeit, Kultur, Wissenschaft)                        | 4 Mio. €         | 4 Mio. €         | 8 Mio. €         |
| Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt (Arbeit, Bildung, Wissenschaft, Finanzen) | 4 Mio. €         | 5 Mio. €         | 9 Mio. €         |
| Bildung und Kita (Kinder und Bildung)  | 5 Mio. €         | 12 Mio. €        | 17 Mio. €        |
| Sicherheit (auch von Einrichtungen) (Inneres, Justiz, Soziales)                          | 4 Mio. €         | 5 Mio. €         | 9 Mio. €         |
| Ehrenamt, Gesundheit und Integration in Quartieren (Soziales, Gesundheit, Bau)           | 2 Mio. €         | 2 Mio. €         | 2 Mio. €         |
| Umsetzung des Sofortprogramms Wohnungsbau (SUBV, SF, SWAH)                               | 1 Mio. €         | 2 Mio. €         | 2 Mio. €         |
|  | <b>20 Mio. €</b> | <b>30 Mio. €</b> | <b>50 Mio. €</b> |

Siehe unter <http://senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?qsid=bremen146.c.165502.de&asl=bremen146.c.25714.de>.

<sup>15</sup> Seit 01.11.2015 werden die Kindertageseinrichtungen zentral über das Referat Tagesbetreuung bei der Senatorin für Kinder und Bildung betreut und nicht mehr über die Sozialzentren.

Herr Emigholz weist darauf hin, dass die aufnehmende Gesellschaft, zumal in der Vahr, bereits multikulturell sei. Es sei wohl wichtig, dass die Flüchtlinge Deutsch lernten, aber auch andere Sprachen, zumal die eigene Muttersprache, seien von Bedeutung. Außerdem weist er auf die Problematik hin, dass die Flüchtlinge nach der Wahrscheinlichkeit ihrer Anerkennung unterschieden würden und damit auch in unterschiedlichem Maß Deutsch-Unterricht erhielten.

Aus eigener Erfahrung wisse er, so Herr Maas, dass der Bremen-Pass ein gutes und durchaus funktionierendes Instrument sei. Für eine bessere Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen an den Schulen sei es jedoch wichtig, die Klassenfrequenzen abzusenken bzw. Kapazitäten vorzuhalten für die Schüler/innen, die aus den Vorkursen in die Regelklassen wechselten. Die Forderung von Herrn Borges, Jugendliche im Alter von 15 oder 16 Jahren nicht an die Oberschulen, sondern an die berufsbildenden Schulen zu leiten, halte er für richtig.

Herr Siegel bedankt sich abschließend für die vielen Anregungen und gibt zu bedenken, dass sich nur gemeinsam viel umsetzen lasse. Als Antwort auf die Nachfrage von Herrn Michalik weist er darauf hin, dass der Sportverein TuS Vahr Flüchtlinge über den Bremen-Pass kostenfrei aufnehme. An Frau Hardt richtet er die Forderung, dass das Integrationskonzept vorrangig in den Stadtteilen greifen müsse, die bereits eine hohe Integrationsleistung erbrächten. Er hoffe, dass die besondere Lage in Stadtteilen wie der Vahr berücksichtigt werde.

Frau Harth nimmt abschließend wie folgt zu Anregungen, Fragen und Kritik Stellung:

- Sie werde die Anregungen aus den Schulen an die zuständigen Ansprechpersonen im Ressort Kinder und Bildung weiterreichen;
- die Anregung, die Muttersprache der Flüchtlinge, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, stärker zu fördern, werde sie ebenfalls aufnehmen;
- ebenso den Hinweis, dass Flüchtlingsfamilien über Kinderbetreuungsmöglichkeiten unzureichend informiert sein könnten;
- in der Tat kämen Flüchtlinge mit einer „wahrscheinlichen Bleibeperspektive“ schneller zu Deutsch-Kursen. Für Flüchtlinge aus Afghanistan gelte dies z.B. nicht mehr. Bremen bemühe sich bereits seit langem auf eigene Kosten um entsprechende Kurse mit Kinderbetreuung;
- das Referat Integrationspolitik sei zwar personell aufgestockt worden, trotzdem stelle das Thema „Traumatisierung von Flüchtlingen“ nach wie vor eine große Herausforderung dar. Das Referat koordiniere nicht zentral alle Integrationsmaßnahmen, sei aber mit allen Ressorts gut vernetzt;
- finanzielle Mittel ständen erst nach Abschluss der Haushaltsberatungen zur Verfügung, folglich nicht vor Sommer dieses Jahres;
- im Sportbereich bestehe eine intensive Zusammenarbeit mit dem Landessportbund (LSB). Außerdem könnten in diesem Bereich Projekte aus Mitteln des Stadtteil-Fonds gefördert werden.

Frau Dr. Mathes fasst zusammen, dass Integration ein dauerhaftes Thema für den Stadtteil bleibe und die heutigen Anregungen und Kritikpunkte in einen gemeinsamen Antrag für die kommende Beiratssitzung einfließen würden.

### **TOP 3: Stellungnahme zur Veränderung der Schuleinzugsgrenzen für die Grundschulen In der Vahr und An der Gete**

Frau Dr. Mathes berichtet, dass die Senatorin für Kinder und Bildung zum jetzigen Zeitpunkt von einer Änderung der Schuleinzugsgrenzen zwischen den Grundschulen In der Vahr und An der Gete absehe und das Vorhaben voraussichtlich 2018 wieder dem Beirat zur Stellungnahme vorlegen werde.<sup>16</sup>

Auf eine weitere Aussprache wird verzichtet.

---

<sup>16</sup> Ein Informationsschreiben der Senatorin für Kinder und Bildung mit einer aktuellen Einschätzung des Sachverhalts ging den Beiratsmitgliedern bereits vorab per eMail zu und ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

#### TOP 4: Stellungnahme zur Verkehrsrichtlinie

Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass das 2010 in Kraft getretene Beirätegesetz vorsehe, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu § 10 Abs. 1 Nr. 3 eine Richtlinie erlasse.<sup>17</sup> Diese Richtlinie befinde sich seit mehreren Jahren im Abstimmungsverfahren. Die Beirätekonferenz habe nun auf ihrer letzten Sitzung am 03.02.2016 beschlossen, die aktuelle Version dieser Richtlinie den Beiräten zur Stellungnahme vorzulegen.<sup>18</sup> Der Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ empfehle, die vorgelegte Version abzulehnen und sich stattdessen für die vom Beirat Schwachhausen erarbeitete alternative Version auszusprechen; eine entsprechende Beschlussempfehlung liege den Beiratsmitgliedern vor.<sup>19</sup>

Herr Mettert-Kruse begründet den vorliegenden Antrag und weist darauf hin, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in der aktuell vorgelegten Fassung der Verkehrsrichtlinie wieder Bezug nehme auf das sog. „Vorbehaltsstraßennetz“, das lediglich die Zuständigkeiten zwischen der Straßenverkehrsbehörde (Amt für Straßen und Verkehr) und dem Polizeipräsidium kläre, aber keine Bedeutung für die Zuständigkeiten des Beirats habe.<sup>20</sup> Darüber hinaus sehe der Entwurf ein Entscheidungsrecht der zuständigen Deputation vor, sollten sich Beirat und Straßenverkehrsbehörde nicht einig sein. Dies sei im Beirätegesetz ausdrücklich nicht vorgesehen.

Frau Dr. Mathes lässt über den vorliegenden Antrag abstimmen: Er wird einstimmig befürwortet.

#### TOP 5: Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN)

Herr Stöver stellt vier Maßnahmen aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ vor.<sup>21</sup>

Herr Diehl weist zum WiN-Antrag „VAHReport 2016“ darauf hin, dass dessen Internet-Auftritt augenblicklich wiederhergestellt werde und er dazu auch erhebliche Eigenmittel beigetragen habe.

Der Beirat nimmt die Maßnahmen zustimmend zur Kenntnis.

#### TOP 6: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecher

Sitzungsleitung

Protokoll

Siegel

Dr. Mathes

Berger

---

<sup>17</sup> Das Ortsbeirätegesetz (OBG) legt in § 10 fest:

„(1) Der Beirat entscheidet über (...)

3. verkehrslenkende, -beschränkende und -beruhigende Maßnahmen, soweit diese stadtteilbezogen sind; dazu sind Richtlinien zu erlassen; (...).“

<sup>18</sup> Die vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr vorgelegte Version für die „Verkehrsrichtlinie“ ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

<sup>19</sup> Die Beschlussempfehlung sowie die vom Beirat Schwachhausen verabschiedete alternative Version der Verkehrsrichtlinie sind dem Protokoll als **Anlagen 6a und 6b** angefügt.

<sup>20</sup> Das sog. Vorbehaltsstraßennetz ist als Anlage an die „Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrsordnung“ vom 22.04.1997 angefügt; beides findet sich als **Anlage 7** zu diesem Protokoll.

<sup>21</sup> Die Anträge lagen den Beiratsmitgliedern als Tischvorlage vor und sind als **Anlage 8** diesem Protokoll angefügt.